

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 2

SPD

Februar 2021



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

am 23. Januar 2020 wurde die Stadt Wuhan von der Außenwelt abgeriegelt. Es wurde eine Ausgangssperre verhängt und letztlich dauerte die Isolation der Stadt bis zum 7. April an. Als ich damals diese Nachrichten aus China hörte, schien mir ein solches Vorgehen in Deutschland undenkbar. Natürlich wurde bei uns keine Stadt abgeriegelt und für Monate isoliert; allerdings ist uns heute eine Ausgangssperre ebenso vertraut wie die Schließung von Läden, Dienstleistungsbetrieben, Sporteinrichtungen, Kulturstätten, Behörden und Schulen, Kindergärten oder Universitäten. Den Sinn all dieser Maßnahmen will ich hier nicht diskutieren. Die pandemische Lage, die das Virus verursacht, ist in meinen Augen ebenso erwiesen wie seine Gefährlichkeit. Ob nun an der einen Stelle zu viel oder an der anderen Stelle zu wenig getan wurde, sei dahin gestellt. Im Nachhinein kann man immer schlauer argumentieren, als in der Position, in der Verantwortliche schlicht handeln müssen, ohne in die Zukunft schauen zu können.

Was mich bewegt, ist die Reaktion der allermeisten Menschen in Deutschland auf das Leben in dieser nun seit Monaten andauernden Ausnahmesituation. Denn der große Teil der Bevölkerung hält sich an die Regeln und übt damit Solidarität mit allen, für die eine Erkrankung schwerste Schäden bis hin zum Tod bedeuten könnte. Unser Sozialstaat bewährt sich - und nicht zuletzt das Sparen in guten Zeiten - denn jetzt sind wir in der Lage, zumindest die materiellen Schäden, wenn auch nicht in jedem Fall, ganz aufzufangen, so doch abzumildern und konkret zu helfen. Ein unschätzbare Wert, der sicher enorm dazu beiträgt, die Situation für eine Vielzahl von Menschen erträglich zu halten. Was trotzdem fehlt, ist die Freiheit. Aber Sicherheit zählt für den ganz großen Teil der Menschen in diesem konkreten Fall mehr. Für Sicherheit wird auf ein Stück Freiheit verzichtet. Auch weil die eigene Freiheit dort ihre Grenzen hat, wo anderen Schaden entstehen kann. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nichts Neues. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, unsere Grundwerte, die einander ergänzen und bedingen. Hoffen wir, dass die Solidarität in der Gesellschaft nicht verfliegt, sondern bleibt und sich festigt, wenn wieder mehr Freiheit herrscht. Und freuen wir uns darauf, die Freiheit zu genießen und wert zu schätzen, wenn wir sie hoffentlich bald wieder haben.

Bleibt gesund und guter Dinge.

Herzliche Grüße

Neuerungen für die Bundespolizei

Über 50.000 Bundespolizistinnen und -polizisten sorgen für unsere Sicherheit an den deutschen Grenzen, an den Flughäfen und Bahnhöfen. Sie sind zuständig für den Schutz des Bundeskanzleramts und anderer Regierungsgebäude. Uns ist wichtig, dass wir das Bundespolizeigesetz nach der letzten Reform 1994 endlich auf den Stand der heutigen Zeit bringen.

Dafür starteten in der letzten Sitzungswoche die parlamentarischen Beratungen des Gesetzentwurfs zum Bundespolizeigesetz. Der Entwurf sieht vor allem neue Kompetenzen und Befugnisse für die Bundespolizist*innen bei der Verfolgung von Straftaten und bei der Telekommunikationsüberwachung z.B von verschlüsselten Chats vor. Bundespolizist*innen sind künftig auch für die Strafverfolgung von Verbrechen (bisher nur Vergehen) zuständig. Ausgeweitet werden die Befugnisse der Bundespolizei im Bereich der (präventiven) Telekommunikationsüberwachung.



Bild von Jan Alexander auf Pixabay

Die Pressemitteilung von Uli Grötsch und mir zum Thema kann [hier](#) nachgelesen werden.

Das Betriebsrätkestärkungsgesetz



Bild von CUsai auf Pixabay

Die Zahlen der Betriebe mit einem Betriebsrat geht seit Jahren stetig zurück. Nach Erhebungen von Gewerkschaften liegt dies auch an Behinderungsversuchen von Betriebsratswahlen durch Arbeitgeber - etwa durch Einschüchterung möglicher Kandidat*innen. Die Gründung von Betriebsräten muss daher vereinfacht und gesichert werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen einen guten Kündigungsschutz, damit die Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes nicht zum Hinderungsgrund für die Betriebsratsgründung

wird. Auch die Wahlen selbst müssen angepasst werden, um möglichst viele Arbeitnehmende zu beteiligen. Arbeitsminister Hubertus Heil legte deshalb Ende letzten Jahres einen entsprechenden Referentenentwurf vor. Konkret heißt es dort, dass in kleineren Betrieben von bis zu 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keine Stützunterschriften für die Wahlvorschläge mehr vorgelegt werden müssen. Und in Betrieben mit bis zu 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen künftig nur noch zwei dieser Unterschriften erforderlich sein.

In der SPD-Bundestagsfraktion besteht Konsens, dass der Gesetzentwurf noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden muss, so wie dies auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Allerdings zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Union massiv mauern wird - so wie schon beim Gesetzgebungsverfahren zur Grundrente oder dem Arbeitsschutzkontrollgesetz. Und dennoch: Beides haben wir umsetzen können und wir werden auch hier dran bleiben.

Menschenrechte stärken, Ausbeutung stoppen - Durchbruch für das Lieferkettengesetz oder doch zu früh gefreut?



An dieser Stelle möchte ich nicht erneut darüber schreiben, warum ich es so wichtig finde, ein Lieferkettengesetz im deutschen Recht zu implementieren. Das habe ich in vielen früheren Newslettern bereits getan. An dieser Stelle möchte ich Hubertus Heil zu Wort kommen lassen, der in den letzten Monaten hart dafür gekämpft hat, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. Er konkretisiert in einem spannenden [Interview](#), das die Friedrich-Ebert-Stiftung kürzlich mit ihm führte, wie das Lieferkettengesetz funktionieren wird. Hier ein kurzer Auszug:

„Nach dem neuen Gesetz müssen große Unternehmen künftig untersuchen, ob es bei ihrer Produktion zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Es reicht nicht, nur bis zu den eigenen Werkstoren zu schauen. Sie müssen auch ihre unmittelbaren Zulieferer in den Blick nehmen. Und wenn ein Unternehmen informiert wird, dass es bei einem Zulieferer seines Zulieferers zu Rechtsbruch kommt, muss es dem nachgehen – und kann das nicht einfach ignorieren.“

Für die Kontrolle wird eine robuste Behörde sorgen: das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Diese soll unterstützen mit konkreten Informationen und Hilfen. Sie wird den Unternehmen aber auch auf die Finger schauen und kann Vor-Ort-Kontrollen vornehmen. Und sie kann bei Verstößen Buß- und Zwangsgelder verhängen, bis zu einer Höhe von zehn Prozent des Gesamtumsatzes. Zudem können Unternehmen, gegen die solch ein Bußgeld verhängt wurde, bis zu drei Jahre von öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden. Beides – Bußgeld und Vergabebann – ist auch für große Unternehmen schmerzhaft. Die Unternehmen werden also verpflichtet sein, sich an die Regeln zu halten – und sorgfältig auf Menschenrechte in ihren Produktionsstätten und bei ihren Zulieferern achten.“



Und noch während ich diesen Beitrag verfasst habe, regt sich neuer Streit wegen des Referentenentwurfs zwischen dem Arbeits- und Wirtschaftsministeriums. Doch ich bin zuversichtlich, dass wir auch noch diese letzten Hürden meistern.

Lage der Fraktion - Podcast der SPD-Bundestagsfraktion

Ich möchte Ihnen/Euch das neue Informationsformat der SPD-Bundestagsfraktion vorstellen: [„Lage der Fraktion“](#). In diesem Podcast wird zu verschiedenen Themen mit prominenten Politikerinnen und Politikern der SPD die aktuelle Lage diskutiert. Momentan ist das Thema Europa. Katharina Barley als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Joachim Post als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, zuständig für Europa, diskutieren über die Bewältigung der Corona-Krise auf europäischer Ebene, über Grenzschließungen zur Eindämmung der Virusverbreitung und über die Vorgehen bei der Impfstoffbeschaffung.

Bürger*innenanliegen

Die Anschreiben der letzten Wochen sind sehr unterschiedlich gewesen. Ich wurde nach den Gründen für die Verzögerung beim anstehenden parlamentarischen Verfahren des Bundesverfassungsschutzgesetzes gefragt. Mich erreichten wieder Briefe von binationalen Paaren, die ein gleichberechtigtes Verfahren bei der Einreise für verheiratete und unverheiratete Paare fordern und sich auf die neuen Verschärfungen des Bundesinnenministeriums bezogen. Ich wurde gefragt, ob bei der Erweiterung von Produktionsstätten zur Herstellung von Impfstoffen neben Umnutzungen und Ertüchtigungen ehemaliger Pharmafirmen auch Neubauten erwogen würden. Wo immer es möglich ist, setzen hier die Hersteller auf bestehende Infrastrukturen und Kooperationen mit anderen Firmen. Und natürlich gab es viele Fragen nach Informationen über Corona-Maßnahmen, besonders auch von betroffenen Unternehmen. Der Deutsche Bundestag hat eine Gesamtübersicht zu den Bundestagsbeschlüssen, hier auf seiner [Internetseite](#). Nicht zuletzt bewegt einige Stuttgarter*innen das Thema Kinderrechte im Grundgesetz festzuschreiben.

Das Gegenteil von „Politik-Blaphasel“

Am 14. März sind Landtagswahlen. Wer sich einen Überblick über Themen in der Landespolitik verschaffen will und was die SPD dazu meint, ist bei den [Blog Beiträgen](#) von Spitzenkandidat Andreas Stoch richtig. Er schreibt, als würde er einem am Tisch gegenüber sitzen: Wer nicht will, dass Grün-Schwarz im Land weiterwurstelt, der hat nun mit der Stimme für die SPD die Chance, die Mehrheitsverhältnisse zu verändern.

Mehr über unser Wahlprogramm „Das Wichtige jetzt“ gibt es im Übrigen auch [in Leichter Sprache nachzulesen oder als Audioversion zu hören](#).

Und wer mag, darf gerne im Familien- und Freundeskreis für [unsere vier Kandidierenden](#) aus Stuttgart werben.



Foto: Florian Schmucker

KfW-Förderung in Stuttgart auf historischem Höchstwert

Die KfW stellt im Auftrag des Bundes und der Länder Fördermittel zur Verfügung. In Stuttgart wurden 2020 für 5.500 Antragsteller 719 Mio. Euro bewilligt. Es gibt zwei Hauptbereiche: Bei Unternehmensinvestitionen waren es rund 530 Mio. Euro. Für private Kunden - hier geht es um Wohnungsprogramme und energieeffizienten Umbau - flossen knapp 185 Mio. Euro. Neu hinzu kamen pandemiebedingte Hilfen: In Stuttgart bekamen 671 Unternehmen Kredite in Höhe von 426 Mio. Euro. Erfreulich, dass für 138 Firmengründungen 24,8 Mio. Euro vergeben wurden. In der Stadt bekamen 266 Familien Baukindergeld, 455 Antragstellende profitierten von Zuschüssen in Höhe von 1,4 Mio. Euro für altersgerechten Umbau. Und 2.055 Maßnahmen in verschiedensten Bereichen des energieeffizienten Umbaus bekamen Zuschüsse und Kredite in Höhe von rund 120 Mio. EUR.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

